

Johann Vogl (1895–1944): Sozialist und Widerstandskämpfer¹

Johann Nepomuk Vogl wurde am 3. April 1895 als Sohn des Johann und der Nothburga Vogl, geb. Staffler, in Eben am Achensee geboren. Er war das älteste von insgesamt elf Kindern. Seine Mutter stammte ursprünglich aus Mals in Südtirol und verstarb 1911 nach der Geburt des letzten Kindes. Die Lebensgeschichte seines Vaters sollte beispielgebend für seine eigene Biographie werden. Er war Lehrer und hatte aufgrund seines „freiheitsliebenden“ Charakters viele „Kämpfe mit der allmächtigen Geistlichkeit“ auszufechten. Neben „zeitweiligen Pensionierungen, Strafen und Gehaltsbeschlügen“ musste er sich mit beschwerlichen Dienstversetzungen abfinden. Sein Sohn Hans war ein ausgesprochen fleißiger Schüler und wurde in die k. k. Lehrerbildungsanstalt (LBA) in Bozen aufgenommen. Eine schwere Lungenentzündung im Herbst 1913 und der später ausgebrochene Erste Weltkrieg beendeten seine Studienzeit in Bozen abrupt. Er musste kurzzeitig bei den Landesschützen einrücken und konnte sein Studium erst in der k. k. LBA in Innsbruck abschließen, wo er im Juni 1917 sein Reifezeugnis erhielt. Danach nahm er im 2. Tiroler Kaiserregiment an der italienischen Südfront erneut am Ersten Weltkrieg teil. Nach dem Krieg legte er die Lehrbefähigungsprüfungen für Volksschulen 1919 und Hauptschulen (Mathematik, Physik, Naturgeschichte und Naturlehre) 1927 ab. Von 1918 bis 1936 unterrichtete er an der Volksschule in Erl. Bei einer Sprengelschulkonferenz lernte er seine spätere Frau Mathilde Magdalena Engstler kennen, die als Lehrerin in Niederndorf angestellt war. Die Hochzeit fand am 22. Juni 1921 in Erl statt. Dort übernahm er in der Folgezeit die Aufgaben des Gemeindesekretärs und Organisten und engagierte sich als Dirigent bei den für den Ort Erl so wichtigen Passionsspielen. Nebenbei studierte er in dieser Zeit sechs Semester Mathematik und Physik an der Universität Innsbruck und legte einige Teilprüfungen ab. In Erl kamen auch seine ersten drei Kinder, Hans Wolfgang (geb. 1922), Brunhilde (geb. 1923) und Helmut (geb. 1928), zur Welt. Sein viertes Kind, Horstmar Gynt, wurde 1940 in Zell am Ziller geboren.

„Außerdienstliches Verhalten: Sozialdemokrat!“ – Berufliche Unannehmlichkeiten bis 1938

Die nach dem Ersten Weltkrieg vor allem in Wien durchgeführten sozialistischen Bildungsreformen konnten in Tirol kaum Fuß fassen. Der Einfluss der katholischen Kirche, der Tiroler Volkspartei und des Katholischen Tiroler Lehrervereins (KTLV) verhinderten eine laizistische Ausrichtung der Grundschule, wie sie das

Reformwerk Otto Glöckels² vorsah. Die Hegemonie katholisch-konservativer Wertvorstellungen bestimmte das Tiroler Schulwesen. Wer sich als Gegner dieser Haltung zu erkennen gab, hatte auch schon vor der Errichtung des „autoritären Ständestaates“ zumindest mit Unannehmlichkeiten zu rechnen, wie Hans Vogl als deklariierter Sozialdemokrat erfahren musste. Trotz seiner politischen Gesinnung genoss er in Erl aufgrund seiner beruflichen Qualifikationen und seiner zahlreichen außerschulischen Aktivitäten bei einem Großteil der Bevölkerung einen guten Ruf. Dies änderte sich, als 1929 ein neuer Dorfpfarrer namens Sebastian Haselsberger in Erl eingesetzt wurde, der eine Dienstversetzung Vogls mit allen Mitteln in die Wege leiten wollte. Vogl machte in diesem Zusammenhang erstmals 1930 mit der Tiroler Schulbehörde Bekanntschaft. Als einer der wenigen sozialistischen Lehrgewerkschafter Tirols – er war von 1928 bis 1933 Mitglied der Freien Lehrgewerkschaft Innsbrucks – war er dort kein unbeschriebenes Blatt. Dem Landesschulinspektor (LSI) für Volksschulen, Engelbert Auckenthaler, lag im Jänner 1930 eine Beschwerdeschrift der Erler Bevölkerung vor. Diese warf Hans Vogl angebliche Mängel bei der musikalischen Vorbereitung der Passionsspiele, religiöses Desinteresse und fehlende Disziplin seiner SchülerInnen vor. Hinter diesem Schreiben stand in erster Linie Pfarrer Haselsberger, der mit Hilfe des Bürgermeistermeisters über 170 EinwohnerInnen für sein Vorhaben gewonnen hatte. Den Unterfertigten war vor allem die politische Gesinnung Vogls ein Dorn im Auge, da er „sich wiederholt als Sozialist betätigt und dadurch Unfrieden in die einheitlich gesinnte Bevölkerung gebracht“ habe. Vogl wies die erhobenen Vorwürfe bei der Einvernahme durch LSI Auckenthaler am 23. Jänner 1930 entschieden zurück, da er seine politischen Ideen nur in privaten Gesprächen mit guten Freunden zum Ausdruck gebracht hätte. Nach erneuten Anschuldigungen, die sich vor allem mit Vogls religiösem Verhalten auseinandersetzten – angeblich las Vogl während der Predigten demonstrativ Zeitung oder verließ „mit den Händen im Hosensack“ die Kirche –, wurde ein Beamter der Bezirkshauptmannschaft Kufstein mit der Untersuchung der Vorwürfe beauftragt. Katechet Haselsberger verwahrte sich in diesem Zusammenhang „schärfstens“ gegen die Ansicht, dass „Vogl wegen seiner politischen Einstellung verfolgt würde“. Für Vogl selbst gab es aber keine Zweifel, dass vor allem seine politischen Ansichten Stein des Anstoßes waren, wie er in einem Entlastungsschreiben feststellte: „Meine politische Gesinnung macht man mir jetzt zum Vorwurf. (...) Auf hinterlistige und unritterliche Weise kann ich mich nicht vertreiben lassen. Politische Gesinnung ist in Österreich noch verfassungsgesetzlich geschützt.“

Hans Vogl sollte damit vorerst auch Recht behalten. Der Landesschulrat (LSR) wies den Bezirksschulrat (BSR) „mit allem Nachdruck“ darauf hin, „dass ohne Vorliegen eines entsprechenden Tatbestandes eine Versetzung aus Dienstesrücksichten nicht in Betracht gezogen werden kann.“ Das vorliegende Erhebungsmaterial bot nach Meinung des BSR schließlich „keine gute Grundlage für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens, nicht zuletzt deshalb, weil Erhebungen auch einen politischen Widerhall (Vogl wäre in der sozialdemokratischen Presse sicher als Märtyrer seiner Gesinnung hingestellt worden) gefunden hätten.“ Dennoch wurde von Seiten des BSR eine Versetzung Vogls beantragt. Nach eingehender Beratung im Zuge

der LSR-Sitzung vom 30. Juni 1931 wurde diese aber abgelehnt, da das bisherige Ergebnis der Erhebungen gegen Vogl „für eine Versetzung nicht ausreicht“. Der Wunsch Vogls nach einer besseren Stelle – Vogl war seit 1927 geprüfter Hauptschullehrer – wurde „angesichts der erhobenen Anschuldigungen“ aber abgelehnt. Nach einer am 12. Juli 1933 durchgeführten Inspektion wurde seine sozialistische Gesinnung im Inspektionsbericht festgehalten – „außerdienstliches Verhalten: Sozialdemokrat!“

Im Sommer 1933 landete im Fall Vogl auch schon die nächste Beschwerde auf dem Tisch des LSR. Dieses Mal bekam Vogl allerdings Unterstützung von höchster politischer Ebene, die ein energischeres Vorgehen der Landesschulbehörde verhinderte. Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Peer bat in einem vertraulichen Brief, dass auch die Gegenseite gehört werden solle. Vogl wäre nach Meinung Peers durchaus für eine bodenständigere Gesinnung zu gewinnen. Diesem wurde nämlich zugetragen, dass Vogl „seinerzeit nur aus Opposition der sozialdemokratischen Partei beigetreten sei. Er habe dies jedoch in der Zwischenzeit wieder rückgängig gemacht, weil er das Verfehlt dieses Schrittes selber eingesehen habe und sei derzeit in einer Gemütsverfassung, dass eine Wiedergewinnung des Mannes für eine konservative Einstellung gar nicht ausgeschlossen erscheine.“

Offensichtlich sollte aus einer eventuellen „Bekehrung“ eines Repräsentanten des linken Lagers politisches Kleingeld geschlagen werden. Vogl reagierte tatsächlich auf die politischen Entwicklungen der Zeit. Er trat der Vaterländischen Front (VF), der Einheitspartei des austrofaschistischen Regimes, bei, um seinen Lehrberuf weiter ausüben zu können und war darum bemüht, als ehemaliger „Roter“ nicht unnötig aufzufallen. Ein Vorfall in Erl,³ der seinen schärfsten Kontrahenten



Hans Vogl im Kreise seiner SchülerInnen.

Haselsberger ausschaltete, kam ihm in diesem Zusammenhang entgegen. In der Nacht zum 19. Juli 1933 wurde das Passionsspielhaus in Erl bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die Mauern waren mit Hakenkreuzen beschmiert worden und in der Nähe des Spielhauses wurde eine Postkarte gefunden, deren Aufschrift einem Geständnis der Nationalsozialisten gleichkam. Die Erhebungen der Kriminalbeamten ergaben aber sehr bald, dass keinerlei Anhaltspunkte für eine derartige Auslegung des Anschlags bestanden und ermittelten unter anderem auch gegen den Dorfpfarrer. Hans Vogl wurde zur gleichen Zeit als Vorsitzender eines Kontrollausschusses eingesetzt, der den Schuldenstand und die Abrechnungen des Passionsspielvereins der letzten Jahre kontrollieren sollte. Dabei wurde festgestellt, dass die Abrechnungen des bei den Passionsspielen involvierten Dorfpfarrers nicht korrekt waren. Diesen Umstand nutzte Vogl aus, um seinen Widersacher los zu werden. Er bot ihm an, seine Anzeige wegen Veruntreuung gegen ihn fallen zu lassen, falls Haselsberger aus Erl verschwinden würde. Zudem sollte ihn Haselsberger durch ein Schreiben an den LSR beruflich rehabilitieren. In diesem Schreiben im November 1933 bat Haselsberger folglich um die Tilgung aller vorgebrachten Beschwerden, da Vogl inzwischen äußerst „aner kennenswerte Handlungen“ an den Tag gelegt habe. Zu Vorerhebungen gegen Pfarrer Haselsberger kam es dennoch. Diese wurden aber aufgrund der politischen Rahmenbedingungen nicht mit sonderlich viel Nachdruck verfolgt und führten zu keiner Verurteilung. Vogl, der bei der Hauptverhandlung gegen Haselsberger am 26. April 1935 als Zeuge vorgeladen wurde, setzte sich in den folgenden Jahren für eine Wiederaufnahme der Untersuchungen ein. Nach der NS-Machtergreifung griff die Staatsanwaltschaft Innsbruck den Fall sehr rasch wieder auf. Pfarrer Haselsberger wurde im August 1938 festgenommen und gestand, den Brandanschlag mit Hilfe seiner damaligen Wirtschafterin durchgeführt zu haben. Als Motiv gab er an, dass er den hoch verschuldeten Passionsspielverein durch einen Versicherungsbetrug retten wollte. Auch Hans Vogl wurde zu den Ereignissen noch einmal befragt, da dieser in den Augen der Staatsanwaltschaft „viel mehr“ wusste, als er 1933 zu Protokoll gegeben hatte. Er konnte aber darauf verweisen, dass er gegenüber dem damaligen Staatsanwalt die Vermutung geäußert habe, dass Haselsberger der Brandstifter gewesen sei.

Die berufliche Rehabilitierung durch Pfarrer Haselsberger im November 1933 beendete die Denunziationen gegen Vogl aber keineswegs. Ein anonymes Schreiben schwärzte ihn im Juni 1934 erneut beim LSR an und beklagte die fehlende Begeisterung anlässlich des Jugendtages am 27. Mai in der sonst so vaterländisch gesinnten Gemeinde. Als Grund dafür wurde das Fehlen einer „brennenden Ansprache“ von Oberlehrer Vogl festgemacht. Dieser sang angeblich nicht einmal bei der zum Abschluss vorgetragenen Bundeshymne mit. Laut Meinung des anonymen Verfassers würde „etwas mehr vaterländischer Geist (...) in unserer Dorfschule nicht schaden, wenn es aufwärts gehen soll! Es ist immer noch rötlich? (...). Aber hier soll die Vaterländische Front einmal Ordnung machen.“

Das Gendarmeriepostenkommando Niederndorf konnte die Anschuldigungen allerdings nicht bestätigen, obwohl „Oberlehrer Vogl (...) früher seiner politischen Gesinnung nach Sozialdemokrat“ war. Sein Beitritt zur VF und seine Teilnahme an einer Fahnen- und Wimpelweihe der Heimwehr wirkten entlastend; lediglich seine

persönlichen Kontakte – er pflegte vorwiegend Verkehr mit „sozialdemokratisch und nationalsozialistisch gesinnten Leuten“ – wurden ihm ein wenig verübelt. Ein zusätzliches Entlastungsschreiben des Pfarradministrators Hermann Pfatschbacher, der die Anschuldigungen als persönliche Intrigen bezeichnete, da der ehemalige Sozialdemokrat seine religiöse und politische Einstellung inzwischen „zum besseren“ geändert hätte, gab dem LSR schlussendlich keinen Anlass, gegen Vogl administrativ oder disziplinär einzuschreiten. Dieser Entschluss war in Anbetracht des vorliegenden Zeitraumes, in dem er vom LSR gefasst wurde, allerdings eine Ausnahme. Das Vorgehen gegenüber den wenigen sozialdemokratisch gesinnten Lehrpersonen veränderte sich nach der Ausschaltung des Parlaments 1933 und speziell nach den Februarereignissen 1934 radikal. Für Sozialdemokraten sollte in Zukunft kein Platz mehr im Tiroler Schulleben sein, wie der KTLV im Jänner 1934 verlangte. Der Forderung nach „öffentlicher Sauberkeit“ sollte kompromisslos Rechnung getragen werden. Sowohl in sachlicher als auch in personeller Hinsicht sollte im Tiroler Schulwesen mit „unsauberen Erscheinungen, die sich aus der Zeit des früheren Systems weiter schleppen“, aufgeräumt werden.

Die beruflichen Aufregungen und Anstrengungen schlugen sich auf die Gesundheit Vogls nieder. Er erlitt während seiner Dienstzeit in Erl dreimal lebensgefährliche Lungenblutungen, die eine Rehabilitation in Hochzirl notwendig machten. Angesichts neuerlicher Beschwerdeschriften sprach er sich deshalb in einem Entlastungsschreiben ebenfalls für eine Versetzung aus. Der BSR unterstützte den Wunsch Vogls, da „eine Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Oberlehrer nicht mehr gut möglich ist. Die näheren Umstände sind dem Landesschulrate ja bekannt.“ Dieser leitete noch in den Sommerferien die Versetzung Vogls in die Wege.

Im Schuljahr 1936/37 wurde ihm eine Stelle an der Hauptschule in Jenbach zugeteilt. Dort setzten sich seine Schulbehörden-Probleme fort, die sich auch in seiner Dienstbeschreibung niederschlugen. Diese lautete erstmals auf „entsprechend“, da ihm mangelnde Schulzucht und fehlende Erziehungserfolge vorgeworfen wurden. Zudem würde sein Verhalten bei den religiösen Übungen, die eine Überwachung der SchülerInnen durch eine Lehrperson beinhalteten, jegliche Vorbildwirkung vermissen lassen. Während der Messe las er nämlich Dantes *Divina Commedia*. Seine Rechtfertigung, dass er lediglich nach den „üblichen Gepflogenheiten“ in Jenbach gehandelt habe, wurde vom LSR aber nicht akzeptiert. Schließlich habe man in „deutschen Landen, insbesondere aber in Tirol“ von einem Gebetsbuch „eine andere Auffassung, die auch Vogl bestimmt nicht unbekannt sein dürfte“. Die nächste Dienstversetzung an die Hauptschule in Zell am Ziller erfolgte bereits im Schuljahr 1937/38. Die Umsiedlungen bedeuteten für die Familie eine immense finanzielle Belastung. Der Umzug nach Jenbach brachte eine Schuldenlast von 1.400 Schilling ein und eine weitere Übersiedlung nach Zell war deshalb nicht möglich. Vogl pendelte daher von Jenbach aus zu seinem Arbeitsplatz. Dies bedeutete einen zusätzlichen Zeitaufwand von etwa 20 Stunden pro Woche, die Vogl für die Hin- und Rückfahrten opfern musste. In Zell konnte er aufgrund der misslichen finanziellen Lage kein warmes Mittagessen zu sich nehmen. Sein Antrag auf Rückerstattung der Fahrtkosten wurde von der Landesregierung dennoch aus „grundsätzlichen Erwägungen“ abgelehnt.

Vom NS-Parteimitglied zum „Volksschädling“ – Widerstand nach anfänglicher Anpassung

Die NS-Machtübernahme markierte für Hans Vogel den „Zusammenbruch der schwarzen Herrschaft in Österreich“ und dessen Befreiung „aus den Fesseln dunkler, mittelalterlicher Gewalten“. Seine berufliche Situation änderte sich schlagartig zum Besseren, da er sich zunächst anpasste. Als ehemaliger Gegner des Schuschnigg-Regimes brachte er eine wichtige Voraussetzung für einen leitenden Posten im NS-Schulsystem mit. Am 1. Oktober 1938 wurde Vogl mit der Leitung der Hauptschule in Zell am Ziller betraut. Zusätzliche Einkünfte lukrierte er aus seiner Tätigkeit an der dortigen Berufsschule. Er bekam einen einmaligen Reisekostenzuschuss von 100 Reichsmark und die Fahrtspesen wurden ihm bis zu seiner endgültigen Umsiedlung nach Zell ersetzt. Seine Dienstbeschreibung wurde auf „gut“ geändert und 1939/40 konnte er erstmals in seiner Lehrerlaufbahn eine „sehr gute“ Dienstbeschreibung vorweisen. Diese beruflichen Verbesserungen wirkten sich zumindest auch auf dem Papier auf die politischen Einstellungen Vogls aus. Im Juni 1938 trat er der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) bei. Es folgte der Beitritt zum Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) und zur NSDAP, in die er nach Antrag vom 10. Dezember 1938 mit der Mitgliedsnummer 7892467 am 1. Jänner 1940 aufgenommen wurde. Durch einen Eintritt in die Reichsschrifttumskammer erhoffte er sich eine Druckveröffentlichung seiner literarischen Arbeiten, die ihm bisher verwehrt geblieben war. Er dachte dabei an zwei unveröffentlichte Bühnenerwerke, *Verwirrungen um Cicero* und *Walther von der Vogelweide*, an seinen Roman *Heilige Not*, dessen Handlung zur Zeit der Bauernkriege spielte, und an ein Werk mit dem Titel *Feuer am Berg*, dessen Geschichte im bäuerlichen Milieu angesiedelt war. Eigenen Angaben zufolge gehörte er zudem dem Reichsluftschutzbund, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Reichskolonialbund, dem Verein Volkstum der Deutschen im Ausland und dem Reichsbund deutscher Familien als Gliederungen der Partei an. Im November 1938 wurde er in Zell Ortsgruppenschulungsleiter der NSDAP, im NSV war er ab Jänner 1939 als Jugendsachverwalter tätig und im Mai 1939 wurde er NSLB-Abschnittsleiter.

Am 2. März 1939 führte er am Ende einer Elternversammlung aus, dass der Nationalsozialismus „jene Kraft, Lebensweisheit und Tugend [ist], die sich im Laufe der Jahrtausende von Ahne zu Ahne in jedem rassenreinen Deutschen heraufgepflanzt hat und fortgeerbt hat.“ Er bemühte Hilters *Mein Kampf*, um auf die neuen Erziehungsziele des Nationalsozialismus hinzuweisen: „Erziehungsprogramm im neuen Staat also ist: Gesunde Körper, damit aber auch sittlich moralisch widerstandsfähige Jugend, entschlossfähige, gerade Jungens und Mädels, die alles eher als verdorbene Waschlappen sind (...). Im Schulzeugnis steht daher auch an erster Stelle die Leibeserziehung (...).“

Die freiwillige Herausgabe einer eigenen Schulzeitung ab März 1939, die inhaltlich im Einklang mit der vorgegebenen NS-Linie stehen musste, lässt zusätzlich einige Berührungspunkte zwischen den politischen Vorstellungen Vogls und den NS-Vorgaben vermuten. Vor allem die durch die Nationalsozialisten propagierte Förderung der Tiroler Tradition und eine in Aussicht gestellte Wiedereingliede-

rung Südtirols dürften auf Vogl eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt haben. Er galt als äußerst bodenständig und war mit dem Tiroler Brauchtum fest verwurzelt. Vereine, die eine Unterstützung der deutschen Kulturnation zum Ziel hatten, waren ihm zudem als ehemaligem Sozialdemokraten nicht fremd. In Innsbruck gehörte er 1917/18 der Schülerverbindung *Alemannia* an und 1926 trat er dem *Deutschen Schulverein Südmark* bei, der als „Schutzverein“ des Grenz- und Auslandsdeutschtums in Österreich auftrat. Das oben genannte NS-Erziehungsprogramm entsprach aber jedenfalls nicht seinen Vorstellungen, wie die schulische Ausbildung seiner Kinder, spätere Ausgaben der Schulzeitung und seine Briefe aus der Haft beweisen. Bemerkenswert sind auch seine Worte an die schulentlassene Jugend im Juni 1939: „Ihr habt in der Schule bereits gelernt, wie man selbstständig, d. h. ohne besondere Anleitung und Führung (!), denken und handeln muss. Nun nehmt euch selbst in die Hand und stapft tapfer durch das Leben!“

Seine Loyalität zum NS-Regime – falls eine solche aus Überzeugung anfänglich überhaupt bestanden hatte – gab er innerlich bald auf. Schließlich engagierte er sich aktiv im Widerstand gegen das NS-System. Die Entstehung organisierter Widerstandszellen stieß in Tirol anfangs auf zahlreiche Probleme und brachte erst ab 1940 zählbare Erfolge mit sich. Linke Gruppierungen, die in Tirol traditionell nur schwer Fuß fassen konnten, wurden bereits im autoritären „Ständestaat“ verboten und konnten nur bedingt auf bereits bestehende Netzwerke zurückgreifen. Die „Revolutionären Sozialisten“ standen nach 1938 in erster Linie in Verbindung mit Waldemar Knoeringen, einem deutschen Sozialdemokraten. Neben dieser Untergrundorganisation, die im Winter und Frühjahr 1942 aufflog, existierten noch weitere sozialistische Zellen im Tiroler Unterland, um die sich Robert Uhrig mit Ing. Leopold Tomschik bemühte. Uhrig war der Kopf der illegalen Kommunistischen Partei in Berlin. Tomschik stammte aus einer sozialdemokratischen Kitzbühler Familie, lebte in Berlin und stellte die Verbindung zwischen dem Tiroler Widerstand und der kommunistischen Gruppe von Uhrig her. Es entstand ein linkes Widerstandsnetz mit Stützpunkten in Kufstein, Kirchberg, Hopfgarten, Wörgl, Schwaz und Kitzbühel. Einer der Gründe, weshalb Vogl in diese Richtung tätig wurde, könnte die befürchtete Gefährdung der Existenz der Tiroler Tradition gewesen sein. Vogl gelangte über seinen Freund Karl Horejs in den Kreis der Tiroler Widerständler. Am 20. Juni 1941 nahm er an einer Besprechung in der Wohnung Adele Stürzls teil, wo auch Uhrig anwesend war. Vogl bemühte sich anfangs, bestehende Verbindungen zwischen der Gruppe um Uhrig und den „Revolutionären Sozialisten“ um Knoeringen aufrechtzuerhalten. Als diese aus organisatorischen Gründen abrisen, pflegte er nur noch Kontakte zur Gruppe um Robert Uhrig, in der sich KommunistInnen und SozialistInnen zusammenfanden. Weltanschauliche Unterschiede traten in Anbetracht des gemeinsamen Kampfes gegen das NS-Regime in den Hintergrund. Ein wichtiger Vertrauensmann Uhrigs war der Wörgler Postfacharbeiter Alois Graus. Diesem teilte Uhrig am 23. Dezember 1941 in Berlin mit, dass er im Februar erneut nach Tirol kommen werde und unbedingt mit Hans Vogl in Kontakt treten wolle. Am 25. Jänner des folgenden Jahres sollte diese Begegnung in einer Jagdhütte stattfinden, doch Uhrig erschien nicht. Wenige Tage später wurde Graus in Wörgl verhaftet und am

5. Februar mit der Bahn nach Innsbruck gebracht. Dort traf er im Waggon zufälligerweise mit Hans Vogl zusammen. In einem unbeobachteten Moment gelang es ihm, Vogl über seine Verhaftung zu informieren. Er handigte ihm einen Zettel aus, auf welchem die Bitte stand, „Kufstein“ sofort zu verständigen. Vogl gab deshalb unmittelbar nach Verlassen des Zuges ein Telegramm auf, um die Kufsteiner Widerstandsgruppe zu informieren. Wenige Monate später deckte die Gestapo die gesamte Tiroler Organisation um Robert Uhrig auf. Insgesamt wurden 32 TirolerInnen vor Gericht gestellt, von denen mindestens elf in diesem Zusammenhang ihr Leben verloren.

Vogl wurde am 10. April 1942 festgenommen und in die Haftanstalt nach Innsbruck abtransportiert. Die Gestapo fand bei der anschließend durchgeführten Hausdurchsuchung eine umfangreiche „marxistische Bibliothek“. Bereits fünf Tage nach seiner Verhaftung reagierte Gauleiter Franz Hofer mit dem Ausschluss Vogls aus der Partei. Am selben Tag wurde Vogl wegen „staatsfeindlichen Umtrieben“ von seinem Dienst enthoben und seine Bezüge wurden auf die Hälfte gekürzt. Der Fall Vogl sollte Gauleiter Hofer ein Jahr später noch einmal beschäftigen. Die für das Schulwesen zuständige Abteilung erbat Auskunft bei der Gestapo, ob Vogl inzwischen gerichtlich verurteilt worden sei. Er sollte mit dieser Information ohne besonderes Dienstverfahren entlassen werden, da schließlich ein Interesse daran bestünde, „solche Volksschädlinge keinen Tag länger als nötig im Beamtenverhältnis zu lassen.“ Die Gestapo gab im April 1943 bereitwillig Auskunft. Vogl sei an illegalen kommunistischen Umtrieben, die sich auf das gesamte Reichsgebiet erstreckt hätten, führend beteiligt gewesen. Deshalb habe er „mit einer empfindlichen Zuchthausstrafe zu rechnen“. Hofer reagierte erbost, da die Tätigkeit illegaler Widerstandsgruppen nicht an die Öffentlichkeit getragen werden sollte. Als Konsequenz sollten Gestapo-Akten zukünftig immer über seinen Schreibtisch wandern. Für ihn war es zudem unerheblich, „ob Vogl ‚gerichtlich‘ oder ‚nur‘ durch Einweisung in ein Konzentrationslager bestraft wurde“, da seine Entlassung im Wege des Dienstverfahrens umgehend herbeigeführt werden müsste.

„Die Hälfte meines Herzens nahm mein liebster Mann mit ins Grab“ – Die Hinrichtung Vogls und die Situation seiner Frau

Aus Hans Vogls Haft sind unzählige Briefe und geheime Aufzeichnungen an seine Frau Hilde erhalten. Die Haftbedingungen in Innsbruck waren verheerend. Zeitweilige Einzelhaft und auftretende Symptome seines Lungenleidens – „begünstigt durch seelische Bedrückung, durch Abmagerung, la fame [ital., der Hunger], Nervengeschichten, löchernde Untätigkeit u. a.“ – brachten ihn an den Rand der Verzweiflung. Innerhalb kurzer Zeit verlor er aufgrund der unzureichenden Nahrungsmittelversorgung fast 20 Kilogramm an Körpergewicht. Er litt vor allem am Entzug seiner Lehrertätigkeit: „Doch wenn ich nur wieder arbeiten könnte, arbeiten, nur arbeiten. 25 Jahre lang habe ich im Lehrberuf gearbeitet, im Dienste des Volkes; es ist unendlich schwer, jetzt müßig zu sein, lebendig zwischen 4 Mauern

eingegraben.“ Sein Verlangen nach geistiger Arbeit, um nicht „ins Wesenlose“ zu verfallen, stillte er mit der Lektüre alter Lehrerfortbildungsbücher. Er beschäftigte sich mit höherer Mathematik, studierte italienische Lesebücher und las literarische Werke, falls ihm dazu die Möglichkeit gegeben wurde. Das einzige, das ihm Trost spendete, waren die Gedanken an seine Frau und Kinder und deren Besuche und Briefe. Doch auch diese wurden teilweise untersagt bzw. konfisziert und er erhielt wochenlang keine Nachricht von seinen Lieben. Da sein ältester Sohn Hans Soldat der deutschen Luftwaffe war, bereitete ihm dies zusätzliche Ängste. Seine Hoffnungen auf ein Wiedersehen in Freiheit gab er dennoch nicht auf: „Tragik eines Lehrerlebens, das nur nach Idealen strebte, viel zu altruistisch und zu wenig egoistisch war! Doch alle Schatten gehen vorüber! Wir hoffen auf baldiges Zusammensein!“

Gegen Ende des Jahres 1942 wurde er in das KZ nach Dachau überstellt, wo er als Gefangener mit der Nummer 41 806 im Block 2/3 untergebracht wurde. Durch seinen Aufenthalt in Dachau, wo es ihm besser ging als in Innsbruck, schöpfte er neuen Mut. Er spekulierte bereits mit seiner Freilassung nach einem für ihn „günstigen“ Kriegsende, das nicht mehr allzu weit entfernt schien. Den überlieferten Briefen nach zu urteilen genoss Vogl in Dachau privilegierte Haftbedingungen. Er wurde dank seiner Maschinenschreibkenntnisse als Schreiber eingesetzt und hatte die Leitung eines Gesangschors inne. Im Vergleich zu Innsbruck – einem „höllischen Gefängnis“ – empfand er Dachau geradezu als „Paradies“. Die alltäglichen Brutalitäten und Erniedrigungen des Lagerlebens blieben ihm aber nicht verborgen. Er berichtete von öffentlichen Auspeitschungen, von Drangsalierungen durch eigene Mithäftlinge und von unmenschlichsten Lebensbedingungen in den Baracken: „Tiere werden besser behandelt als die Menschen hier.“ Schuld am Bestehen dieser modernen Sklaverei, die „schlimmer [ist] als alles bisher Dagewesene“, trugen in seinen Augen „die Brutalität, die Unmenschlichkeit, die Diabolie einiger weniger Verbrecher, die das ganze Volk ins Verderben geführt haben.“

Am 25. September 1943 erfolgte die erneute Überstellung nach Innsbruck, wo er bis zum 19. Februar 1944 gefangen gehalten wurde. Schließlich wurde er nach München–Stadelheim gebracht, wo ihm im April 1944 der Prozess gemacht wurde. Am 13. April begann vor dem 6. Senat des Volksgerichtshofes die Hauptverhandlung. Er wurde mit sechs anderen Angeklagten der Unterländer Widerstandsgruppe wegen „Feindbegünstigung“ und dem „Aufbau kommunistischer Zellen und der Förderung kommunistischer Bestrebungen“ zum Tode verurteilt. Seine NS-Mitgliedschaften und ausgeübten Funktionen, die er wahrscheinlich als Tarnung beibehalten hatte, hatten sich in seinem Fall besonders negativ auf das Urteil ausgewirkt. Der Pflichtverteidiger Vogls, Siegfried Deisinger, informierte Hilde Vogl am 27. April über den Ausgang des Prozesses, da diese in München nicht zu ihrem Gatten vorgelassen worden war. Lapidar stellte dieser fest, dass für Vogl nur noch der Gnadenweg offen bleiben würde. Die Kosten für ein solches Gnadengesuch würden sich in seiner Kanzlei auf 42,8 Reichsmark belaufen, wie Deisinger anteilslos mitteilte. Am 19. Mai wandte sich Hilde Vogl mit der Bitte um Begnadigung direkt an Gauleiter Hofer: „Herr Gauleiter, ich bitte Sie so sehr

ich kann, helfen Sie einer armen Frau, die sich keinen Rat mehr weiß, helfen Sie wenigstens den Kindern, die für ihr ganzes Leben unglücklich wären, wenn der gute Vater solch ein Ende nähme! Ich flehe Sie an, Sie können es, ich habe alles Vertrauen zu Ihnen!“ Sämtliche Gnadengesuche – selbst eine persönliche Vorsprache des ältesten Sohnes Vogls bei Gauleiter Hofer – blieben ohne Erfolg. Am 30. Juni 1944 wurde Vogl in München-Stadelheim hingerichtet. In seinen letzten Aufzeichnungen an seine Familie schrieb er: „Ich starb nicht, weil ich jemandem Böses getan habe, sondern weil ich immer auf der Seite der Armen und Hilflosen stand, also wegen meiner Weltanschauung. Das soll keine Schande für Euch sein. Ihr dürft stolz darauf sein. ‚Wer sich gegen den Nationalsozialismus stellt, wird ausgemerzt!‘ war die Urteilsbegründung am 14. April. Das richtige Urteil wird die Geschichte sprechen!“ Hilde Vogl veröffentlichte am 13. Juli eine Todesanzeige in den *Innsbrucker Nachrichten*. Obwohl die eigentliche Ursache des Todes dort mit keinem Wort erwähnt wurde, hatte die Verlautbarung einen „Besuch“ der Gestapo zur Folge. Die Geschichte Vogls sollte nicht an die Öffentlichkeit dringen.

Hilde Vogl hielt den psychischen Belastungen kaum mehr stand. Diese wurden spätestens seit Mai 1944 durch materielle Ängste verstärkt, da die Auszahlung der bereits gekürzten Dienstbezüge ihres Mannes komplett eingestellt wurde. In einem Bittschreiben vom 3. September 1944 machte sie auch Gauleiter Hofer auf ihre finanzielle Situation aufmerksam: „Tät mir leid um mein süßes, kleines Bübchen, ich hab’ eh nichts mehr, mein Glück ist dahin, die Hälfte meines Herzens nahm mein liebster Mann mit ins Grab.“ Die Unbarmherzigkeit der Tiroler NS-Bonzen ließ aber keine finanzielle Unterstützung für Hilde Vogl zu, obwohl eine solche sogar durch den NS-Bürgermeister von Zell empfohlen worden war. Die Kreisleitung Schwaz sprach sich Mitte März 1945 – eineinhalb Monate vor dem Untergang des „Dritten Reiches“ – gegen eine Gewährung eines Unterhaltsbeitrages für die Witwe von Hans Vogl aus:

„Der in Innsbruck studierende Junge und das Kleinkind werden der Frau Vogl entzogen, damit sie darauf keinen Einfluss mehr ausüben kann. (...) Soviel ich erfahren habe, sollen die zwei oben genannten Kinder der Vogl biologisch wertvoll sein, sodass damit zu rechnen ist, dass sie trotz der Belastung (ihr Vater wurde wegen Hochverrat zum Tode verurteilt) noch einmal zu brauchbaren Volksgenossen werden. Frau Vogl wird, wenn sie sich nicht mehr um ihre Kinder zu sorgen hat, dann auch in der Lage sein, selbst zu verdienen und so ihren Lebensunterhalt sich erwerben.“

Die Wiederherstellung der Demokratie verhinderte ein solches Vorgehen. Im Juni 1945 wurde Hans Vogl rehabilitiert und seiner Frau eine geringe Witwenpension zugesprochen. Für die Finanzierung des Studiums ihrer Söhne in Wien war es allemal zu wenig.

Anmerkungen

- 1 Die Forschungsergebnisse zu Johann Vogl sind Teil meiner laufenden Dissertation über die Tiroler Schule im Austrofaschismus bei Horst Schreiber.
- 2 Otto Glöckel (1874–1935), Unterstaatssekretär für Unterricht 1919/20, geschäftsführender 2. Präsident des Wiener Stadtschulrats 1922–1934 und Nationalratsabgeordneter 1920–1933, war der führende Kopf der sozialdemokratischen Schulreformen in der Ersten Republik. Chancengleichheit durch die angestrebte Einführung von Einheitsschule und Arbeitsunterricht, Ausschaltung des kirchlichen Einflusses auf die Schule („Glöckel-Erlass“ zur Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht und an religiösen Übungen), Modernisierung der Lehrpläne und Lehrer-Innenausbildung sowie eine generelle Demokratisierung des Schulwesens standen im Mittelpunkt seiner Bemühungen.
- 3 Ich danke Martin AchRAINER für diesen Hinweis.